

**OLDENBOURG  
GRUNDRISS DER  
GESCHICHTE**

OLDENBOURG  
GRUNDRISS DER  
GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN  
VON  
LOTHAR GALL  
KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP  
HERMANN JAKOBS

---

BAND 14

**EUROPA  
AUF DEM WEG  
IN DIE MODERNE  
1850–1890**

**VON  
LOTHAR GALL**

**5. Auflage**

**R. OLDENBOURG VERLAG  
MÜNCHEN 2009**



150 Jahre  
*Wissen für die Zukunft*  
Oldenbourg Verlag

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München  
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier  
Satz: primustype Robert Hurler GmbH, Notzingen  
Druck: MB Verlagsdruck Ballas, Schrobenhausen  
Bindung: Thomas Buchbinderei, Augsburg

ISBN 978-3-486-58718-0

## VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit manchen anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfaßt die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechischrömische Zeit umfaßt, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, daß sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, daß dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, daß dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutsame Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, daß auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

## INHALT

Vorwort zur ersten Auflage .....	XI
Vorwort zur dritten Auflage .....	XII
I. Darstellung .....	1
A. Zum Charakter der Epoche .....	1
B. Europa nach 1850: Strukturen und Entwicklungstendenzen .....	4
1. Gesellschaft und Wirtschaft .....	4
2. Staat und Staatensystem .....	11
3. Kultur und Religion .....	21
4. Lebensformen im Wandel .....	31
C. Vom Mächteuropa zum Europa der Nationalstaaten (1850–1871) .....	39
1. Zwischen Reaktion und Neuorientierung: Das Jahrzehnt nach der Revolution .....	39
2. Die Einigung Italiens .....	46
3. Die Umgestaltung Mitteleuropas .....	57
D. Zwischen Liberalismus und Imperialismus (1871–1890) .....	72
1. Siegeszug und Krise des liberalen Systems .....	72
2. Der Staat und die neue Gesellschaft .....	81
3. Europäische Machtpolitik und Imperialismus .....	92
E. Ausblick .....	100
II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung .....	103
1. Das 19. Jahrhundert als Epoche .....	103
2. Charakter und Verlauf der Industriellen Revolution .....	111
3. Gestalt und Organisation der neuen Gesellschaft .....	121
4. Der Strukturwandel des Staates .....	135
5. Nationalstaat und Nationalbewegungen .....	143
6. Kirche und Religion .....	157
7. Alltag und Lebenswelt .....	168
8. Bedeutung und Rolle der Wissenschaft .....	175
9. Grundprobleme des internationalen Systems und der internationa- len Beziehungen .....	182

III. Quellen und Literatur .....	191
A. Quellen .....	191
1. Quelleneditionen und Statistiken zur europäischen Ge- schichte .....	191
2. Quelleneditionen und Statistiken zur deutschen Geschichte ...	192
3. Quelleneditionen und Statistiken zur englischen Geschichte ...	196
4. Quelleneditionen und Statistiken zur französischen Geschichte .....	198
5. Quelleneditionen und Statistiken zur Geschichte der übrigen europäischen Länder .....	198
B. Literatur .....	200
1. Allgemeine Epochendarstellungen, Handbücher, europäische Geschichte .....	200
2. Geschichte einzelner Länder, übergreifende Darstellungen, Biographien .....	203
a) Deutschland .....	203
b) Frankreich .....	206
c) Großbritannien .....	208
d) Italien .....	210
e) Übriges Europa .....	212
3. Die wirtschaftliche Entwicklung .....	214
a) Allgemeines, Europa insgesamt .....	214
b) Deutschland .....	216
c) Großbritannien und Frankreich .....	220
d) Übriges Europa .....	222
4. Soziale Schichtung und sozialer Wandel .....	224
a) Allgemeines, Europa insgesamt .....	224
b) Deutschland .....	226
c) Übriges Europa .....	231
5. Parteien und Verbände .....	235
a) Allgemeines, Europa insgesamt .....	235
b) Deutschland .....	236
c) Übriges Europa .....	242
6. Verfassungsgeschichte, Struktur- und Funktionswandel des Staates .....	246
a) Allgemeines, Europa insgesamt .....	246
b) Deutschland .....	247
c) Übriges Europa .....	250
7. Nationalstaat und nationale Bewegung .....	253

8. Internationales System und internationale Beziehungen . . . . .	259
a) Allgemeines, Europa insgesamt . . . . .	259
b) Deutschland . . . . .	262
c) Übriges Europa . . . . .	266
9. Kirche und Religion . . . . .	270
a) Allgemeines, Europa insgesamt . . . . .	270
b) Deutschland . . . . .	270
c) Übriges Europa . . . . .	275
10. Politische Geistes-, Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsge- schichte . . . . .	279
a) Allgemeines, Europa insgesamt . . . . .	279
b) Deutschland . . . . .	283
c) Übriges Europa . . . . .	286
11. Lebensformen, Lebenswelt, Alltag . . . . .	287
Anhang . . . . .	303
Zeittafel . . . . .	303
Abkürzungsverzeichnis der Zeitschriften . . . . .	312
Personenregister . . . . .	313
Sachregister . . . . .	324
Karten . . . . .	328



## VORWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Rund ein halbes Jahrhundert europäischer Geschichte in einer so entscheidenden Zeit des Umbruchs auch nur in großen Zügen nachzuzeichnen und gleichzeitig auf dem gegebenen knappen Raum die weitverzweigte, um unterschiedlichste Schwerpunkte konzentrierte Forschungsgeschichte zu diesem Zeitabschnitt zu skizzieren, erforderte vor allem eines: Auswahl, Konzentration und damit zugleich vielfältigen Verzicht. Die Kriterien, die hierbei zugrundegelegt wurden, ergeben sich im wesentlichen aus der Gliederung und der Darstellung selber. Ausgangspunkt war die Überzeugung, daß sich die Geschichte Europas in jener Zeit, unbeschadet aller tiefgreifenden Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen, von der spezifischen inneren Dynamik der Epoche her als eine Einheit fassen und darstellen läßt. Demgemäß stehen Antriebskräfte, Verlauf und – oft noch sehr ambivalente – Ergebnisse des von jener inneren Dynamik bestimmten Prozesses eines säkularen Wandels auf praktisch allen Lebensgebieten, der den Weg Europas in die Moderne charakterisiert, im Zentrum und bilden das eigentlich einheitsstiftende Element der Darstellung. Gegen eine solche Grundkonzeption sowie die darauf basierende Schwerpunktbildung, Beispiel- und Stoffauswahl – bei der allerdings, mit Blick auf das Vorwissen der überwiegenden Mehrheit der künftigen Benutzer, auch ganz pragmatische Gründe eine Rolle spielten – läßt sich sicher manches ins Feld führen. Ohne eine derartige Grundkonzeption aber kommt keine Darstellung, auch kein Handbuch aus. Der Verfasser hofft jedoch, daß es auch für den noch Ungeschulten nicht schwer sein wird, diesen Interpretationsansatz in Aufbau und Darstellung als solchen zu identifizieren und ihn jeweils von der Information und der Präsentation des historischen Stoffs abzuheben.

Frankfurt am Main, September 1983

Lothar Gall

## VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

Die Fülle der neuen Forschungsansätze und Forschungsergebnisse zu nahezu allen seinerzeit in diesem Band behandelten Bereichen verlangte nach einer grundlegenden Überarbeitung insbesondere des zweiten, des Forschungsteils. Darüber hinaus mußten Gebiete berücksichtigt werden, die erst im Verlauf des letzten Jahrzehnts wachsende Aufmerksamkeit gefunden haben. Das galt vor allem für das sich immer mehr differenzierende Feld der sogenannten Alltagsgeschichte. Hier waren sowohl im Darstellungs- als auch im Forschungsteil ganz neue Kapitel einzufügen. So ist in Teilen ein recht grundlegend verändertes Buch entstanden.

Sehr zu danken habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Frankfurter Forschungsprojektes zur Geschichte des mitteleuropäischen Bürgertums, das sich seinerseits in den vergangenen Jahren immer mehr ausgeweitet hat: Herrn Privatdozent Dr. Dieter Hein, Frau Dr. Susanne Kill, Herrn Thorsten Maentel, M. A., Frau Dr. Karin Schambach, Herrn Dr. Andreas Schulz, Herrn Dr. Thomas Weichel, Frau Barbara Wolbring, M. A. und Herrn Dr. Ralf Zerback. Sie haben zu dieser überarbeiteten Fassung eine große Zahl von Ergänzungen, zusätzlichen Informationen und Hinweisen auf neue Ansätze und neue Literatur beigetragen. Um die bibliographisch genaue Erfassung dieser Literatur haben sich Herr Jörg von Bilavsky und Herr Christoph Blumenthal in speziellem Maße verdient gemacht.

Frankfurt am Main, im September 1996

Lothar Gall

# I. Darstellung

## A. ZUM CHARAKTER DER EPOCHE

Kaum ein Zeitabschnitt der neueren Geschichte ist in den letzten Jahrzehnten einem so starken Wandel in Darstellung und Bewertung unterworfen gewesen wie die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zu den Neueinschätzungen vom Ausgang her, dem inneren und äußeren Zusammenbruch aller bisherigen Ordnung, kam, eng damit zusammenhängend, ein vielfältiger Perspektivenwechsel. Von der jeweils eigenen Nation, den nationalgeschichtlichen Bezugspunkten, richtete sich der Blick zunehmend auf die Gemeinsamkeiten der europäischen, vor allem der west- und mitteleuropäischen Entwicklung. Die Konzentration auf den Staat und die Staatengeschichte wurde mehr und mehr wenn nicht abgelöst, so doch ergänzt durch ein gesteigertes Interesse an den ökonomischen und sozialen Prozessen, an den Organisations- und Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens und den ihnen zugrundeliegenden Tendenzen. Der Gesamtbereich des kulturellen Lebens erschien von daher in einem ganz neuen Beziehungsgeflecht, und die Frage nach der Signatur, nach dem spezifischen Charakter der Epoche stellte sich, auch wenn man – etwa im Hinblick auf den Imperialismus – vielfach auf ältere Deutungsmodelle zurückgriff, in grundlegend anderer Weise.

Neudeutung des  
Zeitalters

Gegenüber früheren Versuchen, mit Begriffen wie „Zeitalter des Bürgertums“ oder „Zeitalter der Nationalstaaten“ eine gewisse Einheit und Geschlossenheit der Epoche herauszuarbeiten, erscheint diese heute in ihrem Charakter gerade dadurch bestimmt, daß es ihr an solcher Einheit und Geschlossenheit fast völlig fehlte. Als ein „Übergangs- und Durchgangszeitalter“ (TH. SCHIEDER), als eine „Umwälzungsära“ (H.-U. WEHLER) vereinigte sie im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Kultur jeweils hochmoderne mit althergebrachten Bauformen und Strukturelementen, die, je nach Mischungsverhältnis, das Gesamtbild ganz unterschiedlich erscheinen ließen und es mit ihren Wandlungen wie in einem Kaleidoskop ständig veränderten. Von daher kann man davon sprechen, daß das eigentlich Charakteristische des Zeitalters ein über alle bisherige historische Erfahrung beschleunigter Wandel der überkommenen Lebensverhältnisse und Lebensformen war, der zugleich zu einer tiefen Verunsicherung, zu einer vielgestaltigen Identitätskrise führte. Allerdings ist unübersehbar, daß der einer solchen Deutung zugrunde liegende Begriff der Moderne, auf die alle historische Entwicklung unwiderstehlich zustrebe, selber in vielerlei Hinsicht eine Konstruktion ist.

Epoche des  
Übergangs

Vergleichende  
Perspektive

Immerhin bietet sich von hier aus ein allgemeiner Interpretationsrahmen des Zeitabschnitts, der den Vorteil hat, daß er die Antinomien und Disparitäten, die tiefen Widersprüche der Epoche und ihrer Erscheinungsformen als solche bestehen läßt und zum Thema macht und sie nicht gewaltsam einem allzu starren Deutungsschema unterwirft. In diesem Sinne hat die Forschung sich jenes Rahmens bei von Land zu Land und Gebiet zu Gebiet recht unterschiedlicher Akzentsetzung in zunehmendem Maße bedient, wobei die Möglichkeit zu systematisch angelegten Vergleichen, die sich von dort aus eröffnete, stark stimulierend wirkte. Auch wenn manche der dabei erzielten Ergebnisse dann wieder in Frage gestellt wurden, hat gerade die vergleichende Perspektive die wissenschaftliche Untersuchung des Zeitabschnittes außerordentlich belebt und vorangetrieben. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß man seit geraumer Zeit von einer förmlichen Neuentdeckung des „langen“ 19. Jahrhunderts reden kann, gipfelnd in vielbändigen großen Gesamtdarstellungen.

Spannung zwi-  
schen Tradition  
und Moderne

Eine solche Neuentdeckung schließt zunehmend auch jene Bereiche ein, die von dem grundlegenden Veränderungsprozeß zunächst nur zögernd erfaßt wurden, wie überhaupt eine wachsende Tendenz zu beobachten ist, den Elementen der Beharrung und der Beständigkeit in Mentalität und Struktur verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Neigung, in ihnen nur „Überreste der alten Gewalten“ (A. DE TOCQUEVILLE) zu sehen, läßt spürbar nach, und es wird immer deutlicher, wie stark sie noch die Lebenswelt in vielen Bereichen bestimmten. Je plastischer allerdings dieses konservative, der Überlieferung und Tradition verhaftete und verpflichtete 19. Jahrhundert hervortritt, das gerade auch im Bereich der Lebenswelt und der Lebensformen in jüngerer Zeit besonders intensiv erforscht worden ist (vgl. dazu unten B.4. und II.7.), desto spürbarer werden zugleich die tiefen Spannungen und Konflikte, die die Epoche durchzogen und jeden irgend dauerhaften Ausgleich und Kompromiß verhinderten. Die Wortführer eines solchen Ausgleichs wurden nicht nur von weiter vorandrängenden Kräften überholt, sondern sahen sich nach wie vor auch von jenen bedrängt, denen der Kompromiß zu einseitig auf ihre Kosten, auf die Kosten des Bestehenden zu gehen schien.

Fortschritts-  
erwartungen und  
Fortschritts-  
pessimismus

Hatte Hegel zu Beginn des Jahrhunderts noch von einer gewissen Linearität des dialektisch verlaufenden Fortschrittsprozesses gesprochen, so vermehrten und erweiterten sich die Spannungsfelder der an diesem Prozeß beteiligten Kräfte im Verlauf des Jahrhunderts in außerordentlichem Maße und ließen Ziel und Ausgang immer ungewisser erscheinen. Schließlich standen fortschreitende stürmische Veränderungen in allen Lebensbereichen und ein wachsender Fortschrittspessimismus gerade auch in den neuen, den bürgerlichen Führungsschichten unvermittelt nebeneinander, ein Tatbestand, der das Aufkommen irrationaler, zum Teil ausgeprägt antimodernistischer Strömungen nachhaltig begünstigt hat. Das ging in Intensität und Breitenwirkung über das, was man Fin-de-siècle-Stimmung genannt hat, weit hinaus und verwies bereits auf die tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Krisen des 20. Jahrhunderts.

Der Schatten, den diese Krisen auf das 19. Jahrhundert, vor allem auf seine letzten Jahrzehnte, geworfen haben, erscheint freilich gelegentlich, in perspektivischer Verzerrung, zu lang und zu dunkel. Wohl war der Weg Europas in die Moderne höchst spannungsreich und verschlungen, weit spannungsreicher und verschlungener als diejenigen ahnten, die ihn voller Fortschrittsoptimismus als erste betraten. Aber niemand wird sagen können, daß er dauerhaft in Krise und Chaos geführt habe und daß er sich von seinen Ergebnissen her endgültig als ein Irrweg erwiesen hätte. Neben den Gefährdungen und Abgründen, denen sich zu Recht die Aufmerksamkeit verstärkt zugewandt hat, bleibt die schöpferische Kraft des Jahrhunderts gerade auch im Hinblick auf unsere unmittelbare Gegenwart unübersehbar. In der materiellen Zivilisation wie in der Organisation von Gesellschaft und Staat, in den Strukturen des wirtschaftlichen Lebens wie in den Kategorien und Bestimmungsgründen von Kultur und Wissenschaft, in Weltansicht und Lebensgefühl stehen wir überall, nach 1989 stärker als je zuvor, auf den Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Was Europa und seine Bewohner an Gemeinsamkeiten verbindet und über Europa hinaus das Fundament einer Weltzivilisation ausmacht, geht, bei aller Fortentwicklung und Differenzierung, sehr wesentlich auf jene Epoche zurück. Daraus resultiert zugleich, so fern dieser Zeitabschnitt uns in vielerlei Hinsicht gerückt ist, seine ungebrochene Aktualität. Sie erzeugt auch in der Geschichtswissenschaft bis heute jenes Spannungsverhältnis zwischen Distanz und innerer Beteiligung, von dem die Forschung lebt, will sie nicht im bloß Antiquarischen versinken.

Die schöpferische  
Kraft des Jahrhun-  
derts

## B. EUROPA NACH 1850: STRUKTUREN UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN

### 1. GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Bevölkerungs-  
explosion

Gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts zählte Europa einschließlich der europäischen Gebiete des russischen Reiches etwa 266 Millionen Einwohner, rund 80 Millionen oder 42,3% mehr als um die Jahrhundertwende beziehungsweise 126 Millionen oder 90% mehr als hundert Jahre zuvor, um das Jahr 1750. Nach wie vor lebte der überwiegende Teil dieser weiterhin in stürmischem Tempo anwachsenden Bevölkerung auf dem Land oder in kleinen Städten; die Zahl der Großstädte über 100 000 Einwohner betrug in ganz Europa 40, davon allein ein Viertel in Großbritannien, fast drei Viertel in Westeuropa und Italien. Städte mit über 500 000 Einwohnern gab es überhaupt nur zwei, die beiden Millionenstädte London und Paris. Und das Land war auch im größten Teil Europas noch der Hauptwirtschaftsfaktor: über 70% seiner Menschen lebten von der Landwirtschaft – eine Quote, die heute als eines der Hauptmerkmale eines „unterentwickelten“ Landes angesehen wird.

Zwar sank der Anteil des agrarischen Sektors am Nationaleinkommen ständig. In den deutschen Staaten Mitteleuropas, die etwa die Mitte einnahmen zwischen den schon weiter entwickelten Gebieten des Westens und den noch ganz überwiegend agrarischen des Ostens, betrug er um 1850 47% gegenüber nur noch 21% in England und – nach ganz groben Schätzungen – etwa 80% in Rußland. Aber die Verschiebung der Anteile zwischen dem agrarischen und dem nichtagrarischen Bereich der Wirtschaft resultierte zunächst noch vornehmlich – wieder mit der großen Ausnahme Englands – aus dem Aufschwung traditioneller, zumeist kleingewerblich organisierter Wirtschaftszweige.

Gesellschafts-  
struktur um 1850

Dementsprechend hielt sich der Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft Europas zunächst noch in vergleichsweise engen Grenzen. Es war eine Gesellschaft von Bauern und Landarbeitern unterschiedlichster sozialer und rechtlicher Stellung auf der einen, von kleinen Handwerkern und Händlern auf der anderen Seite mit einer sehr dünnen, vorwiegend agrarisch fundierten Oberschicht und einer ebenfalls sehr kleinen Gruppe von Trägern staatlicher und gesellschaftlich übergreifender Funktionen an der Spitze. Die in der modernen Industriegesellschaft dominierenden sozialen Gruppen, die städtische Arbeiterschaft, die Angestellten und der bürgerliche Mittelstand, spielten demgegenüber, wieder von Großbritannien abgesehen, zahlenmäßig noch kaum eine Rolle. Zur Industriearbeiterschaft im engeren Sinne zählten auf dem Kontinent etwa 4–5% der erwerbstätigen Bevölkerung, der Beruf des Angestellten im heutigen Sinne war praktisch noch unbekannt.

Das entscheidende soziale Problem dieser noch ganz traditionell strukturierten, sich in den herkömmlichen Bahnen wirtschaftlicher Tätigkeit bewegenden

Gesellschaft war dementsprechend das Mißverhältnis zwischen der ständig steigenden Bevölkerungszahl und den Erträgen der Wirtschaft, sprich insbesondere der Landwirtschaft, die trotz eines unübersehbaren Produktivitätszuwachses in nahezu allen Bereichen hinter dem realen Bedarf zurückblieben. Der „Pauperismus“, die Massenarmut, und die Perspektive der weiteren Verelendung breiter Schichten markierten auch noch um die Jahrhundertmitte die zentrale Frage einer Gesellschaft, die angesichts ihres Wachstums immer mehr an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu stoßen schien. Daß die Industriewirtschaft nach englischem Vorbild eine gleichsam automatische Lösung jener Probleme bringen werde, glaubte zunächst nur eine kleine Minderheit.

Der „Pauperismus“

Die Erwartungen der Mehrheit galten nach wie vor der Steigerung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft und den Möglichkeiten, ihr entgegenstehende Hindernisse zu überwinden. Nicht zuletzt unter dem Druck der Revolution von 1848/49, die im agrarischen Bereich einen ihrer Schwerpunkte hatte, war nach langen, mit unterschiedlichen Fronten sehr uneinheitlich verlaufenden Kämpfen eine säkulare Entscheidung endgültig gefallen. Mit Ausnahme Rußlands, das jedoch ein Jahrzehnt später ebenfalls nachfolgte, war die Befreiung des Grund und Bodens nun definitiv vollzogen. An die Stelle der überlieferten grund- bzw. gutherrlichen Agrarverfassung war die freie Verfügung des jeweiligen Eigentümers über den Boden und seine Erträge getreten. Mit der Verbesserung der Anbautechniken, den Fortschritten der Bodenchemie, der Einführung mechanischer Hilfsmittel, der ständigen Erweiterung der Märkte und der Erleichterung des Zugangs zu ihnen führte dies, begünstigt durch einen fast überall zu beobachtenden Anstieg der Reallöhne, zu einem starken Aufschwung der Landwirtschaft. Der Ertrag pro Kopf eines männlichen Arbeiters in der Landwirtschaft stieg, bei starken regionalen Unterschieden, allein zwischen 1850 und 1870 um durchschnittlich 20–30%. Die französischen Bauern produzierten am Ende dieses Zeitraums rund 20% mehr Weizen als zu seinem Beginn, die Landwirte auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches sogar rund 40%. Die Produktion von Schweinefleisch nahm hier in diesem Zeitraum um nicht weniger als 50% zu. Da es sich dabei um Zuwachsraten von einem bereits relativ hohen Niveau aus handelte, kann man, bei sinkender Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, von einer außerordentlichen Produktionsausweitung sprechen. Sie ließ, auch hier natürlich mit großen regionalen und vom jeweiligen Betrieb abhängigen Unterschieden, die Gewinne stark ansteigen und bewirkte in Verbindung mit der Entstehung eines internationalen Agrarmarktes, daß Ernährungskrisen fortan in weiten Gebieten Europas der Vergangenheit angehörten.

Aufschwung der Landwirtschaft

Kaum etwas hat stärker zu dem dann auch breitere Schichten zunehmend erfassenden Fortschrittsoptimismus der Epoche beigetragen als diese konkrete, unmittelbar erfahrbare Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Sie bildete den Höhepunkt einer seit dem späten 17. Jahrhundert zu beobachtenden revolutionären Veränderung der gesamten Markt- und Verkehrssituation, die entscheidende Voraussetzungen schuf für einen tiefgreifenden Wandel der Produk-

Verbesserung der Lebensbedingungen

tionsverhältnisse und der Struktur der gewerblichen Wirtschaft. Steigerten die Bevölkerungsvermehrung und die verbesserten Lebensbedingungen auf breiter Front das Angebot an Arbeitskräften und die Konsumkraft, so vermehrten die Gewinne in der Landwirtschaft zugleich in starkem Maße das anlagesuchende Kapital. Im Zeichen erhöhter Zukunftserwartungen waren seine Besitzer mehr als früher bereit, es auch außerhalb der klassischen Anlagegebiete, Landwirtschaft und Staatspapiere, zu investieren.

„Industrielle  
Revolution“

Der Schub, der von hier, in freilich unterschiedlicher Stärke, ausging – in Frankreich blieb die agrarische Produktivität nach 1789, auf der Basis der neuen Eigentumsverhältnisse und der neuen Agrarverfassung zunächst eher zurück –, hat sich in jenen Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropas, die von der Verkehrs-, Markt- und Rohstoffsituation wie von den politischen Rahmenbedingungen besonders begünstigt waren, schon bald zur sogenannten Industriellen Revolution beschleunigt mit gewaltigen Steigerungen der Fertigungskapazitäten und des Warenvolumens. Über diesem besonders ins Auge springenden dramatischen Vorgang darf man freilich nicht übersehen, daß es sich dabei nur um die Spitze, um die zunächst durchaus nicht allgemein charakteristische spezifische Ausprägung einer Entwicklung handelte, die viel breiter fundiert war und in diesem Sinne viel tiefer ging. Nicht der auf wenige Produkte ausgelegte, mechanisierte Großbetrieb war, so sehr er dann über die Leitsektoren der Textilindustrie und des Eisenbahnbaus als Motor wirkte, das eigentlich Entscheidende des nun rasch voranschreitenden wirtschaftlichen Veränderungsprozesses, sondern die sich ständig erweiternde Palette oft stürmisch expandierender mittlerer und kleinerer Unternehmen vielfach noch handwerklichen Zuschnitts. Sie waren es, die in erster Linie jene außerordentlichen und dann über Jahre zur Regel werdenden Zuwachsraten des Sozialprodukts im Bereich der gewerblichen Wirtschaft bewirkten, an denen sich der Übergang von der traditionellen zur modernen Wirtschaft messen läßt, ein Übergang, für den sich der Begriff „Industrielle Revolution“ eingebürgert hat: zusammenfassende Statistiken vermitteln hier oft ein irreführendes Bild. Und jene mittleren und kleineren Unternehmen waren es auch, die den Prozeß der sozialen Veränderungen vor allem vorantrieben, der die westlichen und mittleren Teile Kontinentaleuropas seit dem Beginn der fünfziger Jahre in zunehmendem Maße erfaßte.

Bedeutung der  
mittleren und  
kleineren Betriebe

Dieser Veränderungsprozeß wird zunächst einmal zahlenmäßig deutlich an der kontinuierlichen Verschiebung des Verhältnisses zwischen den im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen und denjenigen, die in der gewerblichen Wirtschaft und auf dem Gebiet der Dienstleistungen ihr Brot fanden. In den von der sogenannten Industriellen Revolution erfaßten Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropas sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von der Mitte bis zum Ende des Jahrhunderts von über der Hälfte bis zum Teil erheblich unter 40%, während sie in den beiden anderen Bereichen, zunächst im gewerblich-industriellen, dann auch in dem der Dienstleistungen, entsprechend anstieg. Das hieß bei weiter stark anwachsender Bevölkerung, daß, nach ganz grober

Übergang zur  
industriellen  
Gesellschaft



Schätzung, in diesen Gebieten am Ende des Jahrhunderts außerhalb der Landwirtschaft etwa 12–13 Millionen mehr Menschen tätig waren als um die Mitte des Jahrhunderts – England nahm hier auch am Ende des Jahrhunderts mit rund 14,8 Millionen (= 91%) in nichtlandwirtschaftlichen Berufen Beschäftigten noch immer eine absolute Sonderstellung ein; bereits zur Jahrhundertmitte waren es 78% gewesen, eine Zahl, die in Mitteleuropa erst mehr als hundert Jahre später erreicht wurde.

Mit dem steilen Anstieg des außerhalb der Landwirtschaft tätigen Teils der Bevölkerung, der sich in den nun rasch wachsenden Städten konzentrierte, verbanden sich soziale Umstrukturierungen und Umschichtungen bisher unbekanntem Ausmaßes. Die Gruppe der ungelerten bzw. kurzfristig angelernten Arbeiter, die um die Jahrhundertmitte außerhalb der Landwirtschaft noch eine eher marginale Rolle spielte, wuchs kontinuierlich an und entwickelte sich auch außerhalb Großbritanniens – die Zahlen sind freilich im einzelnen sehr unsicher – zum Millionenheer. Neben sie trat im Zuge des Ausbaus der staatlichen Verwaltung und der Verkehrsbetriebe eine gleichfalls außerordentlich starke, wenngleich natürlich nicht im selben Ausmaß anwachsende Zahl von unteren Beamten und, auf etwa der gleichen Ebene im nichtstaatlichen Bereich, von Angestellten. Vor allem hier gewann der bürgerliche Mittelstand nun in weiten Teilen Europas sowohl zahlenmäßig als auch im Hinblick auf seine wirtschaftliche Stärke und seinen sozialen Einfluß enorm an Gewicht. Das in den vergangenen Jahrzehnten so oft beschworene „bürgerliche Zeitalter“ schien nun von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen her in weiten Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropa konkrete Realität zu werden.

Soziale Umstrukturierungen und Umschichtungen

Vor allem die breite Auffächerung des Bürgertums, die starke Zunahme der Zahl selbständiger Existenzen, die Fülle der Beispiele wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs aus eigener Kraft beeindruckten die Zeitgenossen und begünstigten jenes Klima gesteigerter Zukunftserwartungen, in dem sich die Dynamik und der Fortschrittsoptimismus des Zeitalters entfalteten. Störungen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung wie der konjunkturelle Einbruch der Jahre 1857/58 wurden von hier aus weithin als ganz situationsbedingte, von besonderen Umständen abhängige Erscheinungen abgetan. Die Zukunft, so die verbreitete Meinung, gehörte weiterhin denen, die auf Expansion und Bewegung, auf die Kräfte des Marktes und des gesellschaftlichen Aufstiegs setzten.

Gesteigerte Zukunftserwartungen

In diesem sozialen Optimismus erschienen die konkreten Konflikte und Gegensätze innerhalb der Gesellschaft vor allem aus der Sicht des Bürgertums und seiner Vertreter und damit in weiten Teilen der öffentlichen Meinung in einem zunehmend milderem Licht. Zwar war man sich über ihre aktuelle, in vielen Bereichen sogar noch wachsende Brisanz und Schärfe vielerorts durchaus im klaren. Aber man neigte mehr und mehr dazu, sie als eine bloße Übergangerscheinung anzusehen, sie als Anpassungsschwierigkeiten an grundlegend veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstellationen zu verstehen, die sich im Zuge wachsenden Wohlstandes und allgemein wahrgenommener Aufstiegschancen in

Relativierung der sozialen Gegensätze

absehbarer Zeit von selbst erledigen würden. Wie weit eine solche Einschätzung vor dem großen wirtschaftlichen Einbruch der siebziger Jahre, ungeachtet der kämpferischen Parolen ihrer Vertreter, auch bei den unmittelbar Betroffenen, in der Masse der handarbeitenden Bevölkerung verbreitet war, läßt sich bei der gegebenen Quellenlage nur schwer sagen. Immerhin gibt es eine ganze Zahl von Hinweisen, daß der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschrittsoptimismus auch hier weit verbreitet war. Dazu paßt, daß die Grundtendenz des sozialpolitischen Konzepts eines Ferdinand Lassalle, die auf eine Verbürgerlichung der Arbeiterschaft mit Hilfe des Staates hinauslief, zunächst ein sehr viel stärkeres Echo fand als die Parole revolutionärer Selbsthilfe und des Klassenkampfes. Ähnliches gilt für das von linksliberaler und demokratischer Seite schon während der Revolution von 1848/49 entwickelte Programm eines politisch zu vermittelnden „Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit“.

Beschleunigung  
des Wirtschaftswachstums

Grundvoraussetzung war dabei stets, daß der wirtschaftliche Aufschwung anhielt und der Gesamtertrag der einzelnen Volkswirtschaften auch auf dem erhöhten Niveau ständig weiter wuchs. Dies war zunächst in der Tat in bisher unbekanntem Ausmaß der Fall. Wohin man blickte prosperierte die Wirtschaft, und Klagen bezogen sich vielfach nur auf ein prozentuales Zurückbleiben gegenüber anderen, noch erfolgreicherem Sektoren, selten auf einen realen Rückgang von Umsatz und Gewinn. Selbst im Handwerk, wo die Sorge vor dem wirtschaftlichen Strukturwandel anfangs besonders groß war und man gern von einer tödlichen Existenzbedrohung ganzer Zweige sprach, kam es über die weithin erfolgreiche Anpassung an die neuen Bedingungen hinaus in vielen Bereichen zu einer kräftigen Steigerung der Erträge, die etwa in der Metallverarbeitung oder im Gaststättengewerbe zeitweise geradezu boomartigen Charakter annahm. Auch wenn die Zahlen gerade im Hinblick auf die kleinbetrieblich organisierten Erwerbszweige im einzelnen oft unsicher sind, scheint vieles sogar auf einen „überproportionalen Anteil des Kleingewerbes am Wachstumsprozeß“ [523: W. FISCHER, 1972, 348] hinzudeuten.

Dieser Wachstumsprozeß erreichte nach 1850 in Mitteleuropa, bezogen auf das Nettoinlandsprodukt (in Preisen von 1913), einen Durchschnitt von 2,6% [49: W. G. HOFFMANN, 1965, 13], 0,2% weniger als er in England während des ganzen 19. Jahrhunderts betrug. Im Hinblick auf die weiterhin rasch wachsende Bevölkerung entsprach das einer durchschnittlichen Wachstumsrate pro Kopf der Bevölkerung von 1,5% – eine in aller bisherigen Wirtschaftsgeschichte über längere Zeiträume ganz unbekanntes Zahl. Insgesamt, so lautet eine globale Schätzung, stieg in dem Jahrhundert nach 1850 die gesellschaftliche Produktion je Einwohner rund zehnmal so schnell wie in der Zeit vor der sogenannten Industriellen Revolution [484: S. KUZNETS, 1973, 248].

Regionale und  
sektorale Unterschiede

Dahinter stehen von Land zu Land, von Region zu Region, von Sektor zu Sektor ganz unterschiedliche Daten und Zahlen, mit denen jeweils die unterschiedlichsten Probleme verbunden waren. So verlief etwa die Kurve im nachrevolutionären Frankreich ganz anders als in einem bürokratisch-absolutistisch bestimm-

ten Staat wie Preußen, in Ländern mit ausgeprägten Traditionen staatlicher Gewerbeförderung anders als in Gebieten, in denen sich der Staat in jener Beziehung eher zurückhielt – von der von Fall zu Fall höchst verschiedenartigen Rohstoff-, Energie- und Arbeitsmarktsituation ganz zu schweigen. Tatsache bleibt jedoch, daß von der Mitte des 19. Jahrhunderts an „Wachstum“ zum Signum und zur entscheidenden Kategorie der Zeit wurde – nicht nur in wirtschaftlicher und, mit Blick auf die einschneidenden und fortdauernden Konsequenzen, auch in sozialer Hinsicht, sondern für das politische Leben insgesamt. Die damit verbundene materielle Dynamisierung eines ursprünglich geistig und moralisch konzipierten Fortschrittsgedankens ist in ihrer Bedeutung für Lebensgefühl und Zukunftserwartungen kaum zu überschätzen. Sie setzte alle politisch Handelnden unter Zugzwänge, denen sie sich auch dann kaum je entziehen konnten, wenn ihnen – was zunächst selten der Fall war – die politischen, die gesellschaftlichen wie auch die geistig-kulturellen „Kosten“ des damit ausgelösten und vorangetriebenen Prozesses zu hoch erschienen.

Wachstum als  
Signum der Zeit

In diesem Sinne wurde nach 1850 die Freisetzung der dynamischen wirtschaftlichen Kräfte und ihre gezielte Begünstigung Schritt um Schritt zur Devise praktisch aller europäischen Regierungen – unabhängig davon, ob sie ansonsten mehr dem konservativen oder mehr dem liberalen Lager zuneigten: der wirtschaftliche und soziale Konservatismus befand sich auch da, wo der politische Konservatismus wie in Preußen, in Österreich und mit Einschränkungen auch in Frankreich unter Napoleon III. dominierte, auf breiter Front auf dem Rückzug. In gleicher Weise kam es nach dem weltweiten wirtschaftlichen Einbruch in den Jahren nach 1873 zwar in vielen Ländern zu einer Abkehr von den Prinzipien des Freihandels und des wirtschaftlichen Internationalismus, die nach 1873 auch in den Jahren ihres Siegeszuges nach 1860 vielerorts nicht unumstritten geblieben waren. Von einer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kehrtwendung im Inneren der einzelnen Staaten konnte jedoch keine Rede sein. Kaum jemand in verantwortlicher politischer Position dachte ernsthaft daran, von der in den fünfziger und sechziger Jahren endgültig etablierten, auf Gewerbe- und Handelsfreiheit im weitesten Sinne gegründeten Wirtschaftsverfassung wieder abzugehen.

Wirtschaftskrise  
nach 1873

Das markiert zugleich die Grenzen des in den letzten Jahrzehnten viel diskutierten und oft scharf betonten Einschnitts der Jahre nach 1873, der Zeit der sogenannten „Großen Depression“. Sozialpsychologisch war dieser steile Konjunkturreinbruch nach zwei Jahrzehnten fast ständiger Hochkonjunktur mit enormen Gründungs- und Wachstumschancen fraglos von erheblicher Bedeutung, vor allem im Hinblick auf das bisher besonders begünstigte mittelständische Bürgertum. Auch die Folgen für das politische Verhalten sind unübersehbar – fast in allen europäischen Ländern kam es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu einem innenpolitischen Kurswechsel im Sinne der konservativeren Kräfte. Das wirtschaftliche Wachstum und der dadurch vorangetriebene soziale Wandel blieben jedoch von den politischen Veränderungen in Ausmaß und Tendenz fast unberührt. Ja, man kann im Gegenteil davon sprechen, daß die durch den Einbruch

„Große  
Depression“?

begünstigte „Mengenkonjunktur bei sinkenden Preisen“ (H. ROSENBERG) Grundcharakter und Hauptmerkmale des wirtschaftlich-sozialen Veränderungsprozesses immer klarer und beherrschender hervortreten ließ. Das Fabrikssystem wurde nun zur vorherrschenden wirtschaftlichen Organisationsform, die freie Lohnarbeit zur Haupteinnahmequelle der Bevölkerung. Innovationen auf dem Gebiet der Produktions- und der Kommunikationstechniken bestimmten wie die immer ausgedehntere Erschließung und Nutzung neuer Rohstoffe auch weiterhin das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. So wichtig die Differenzierung in einzelne Phasen und die sorgfältige Unterscheidung des Entwicklungsstandes in den einzelnen Gebieten sind, so kann man doch mit Knut Borchardt den Prozeß der Industrialisierung in seinen Grundtendenzen und Hauptentwicklungslinien „als einen einheitlichen Vorgang“ begreifen, der in England seit den ersten Jahrzehnten, in Kontinentaleuropa seit der Mitte des Jahrhunderts das Bild der Epoche in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht prägte [K. BORCHARDT, *Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914*, in: 207, 1976, 198 f.].

Innerhalb dieses übergreifenden Vorgangs, der in mancher Beziehung und in manchen Gebieten bis heute noch nicht abgeschlossen ist, stellte die Zeit zwischen 1850 und 1890 für weite Teile Europas die entscheidende Durchbruchphase dar. Insofern kann man durchaus von einer Epoche sprechen, zumal die nachfolgenden Jahrzehnte mit der Entwicklung und dem Ausbau ganz neuer, technisch hochdifferenzierter Industrien wie der Elektro- und der chemischen Industrie, später dann der Automobilindustrie einen sehr starken, mit zusätzlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen verbundenen Entwicklungsschub brachten. Vor allem aber wird wirtschafts- wie allgemeinhistorisch der Epochencharakter dadurch markiert, daß vor 1890, unbeschadet aller tiefgreifenden Veränderungen, in vielen Ländern Europas die Kräfte der Tradition, der überlieferten Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft noch das Übergewicht besaßen. Erst nach 1890 senkte sich die Waage endgültig zugunsten der Kräfte des Neuen, der Industriegesellschaft und allem, was damit zusammenhing, insbesondere ihrer Hauptträger, des Bürgertums und der Arbeiterschaft. Die spezifischen Formen des Übergangs, des stets prekären und augenblicksgebundenen Macht- und Interessenausgleichs, die für die vorangegangene Epoche charakteristisch gewesen waren, lösten sich nun zunehmend auf und machten jenen Platz, die in der modernen Industriegesellschaft dominieren sollten. Das war, wie stets in der Geschichte, ein langwieriger Prozeß, der vor allem in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vielerorts nur zögernd vorankam und immer wieder auf sehr starke Hindernisse stieß. Aber der kritische Punkt war doch im größeren Teil Europas um 1890 eindeutig überschritten, eine Rückkehr zu den überlieferten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politisch-staatlichen Lebensformen endgültig nicht mehr möglich.

1890 als  
Epochenwende

## 2. STAAT UND STAATENSYSTEM

Ungeachtet ihres Scheiterns hatte die Revolution von 1848/49 die Situation auf der staatlich-politischen Ebene grundlegend verändert. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor 1848 erwies sich schon rasch, wenn sie überhaupt versucht wurde, sowohl im innerstaatlichen als auch im zwischenstaatlichen Bereich als unmöglich. Hier wie dort mußte man bei aller schroffen Repressionspolitik im einzelnen, also vor allem gegenüber den unmittelbaren Trägern der Revolution, den Bestrebungen und Interessen der hinter ihnen stehenden Kräfte Rechnung tragen, wollte man von seiten der äußerlich siegreichen Gegenrevolution nicht binnen kurzem eine neue politische Explosion provozieren. Das hat, je nach Ausgangslage und gegebenem Kräfteverhältnis, von Land zu Land zu sehr unterschiedlichen Maßnahmen und Ergebnissen geführt. In der Grundrichtung lassen sich jedoch deutliche Gemeinsamkeiten feststellen. Sie prägten binnen kurzem im Innern der Staaten wie auf außenpolitischem Gebiet die Verhältnisse in weiten Teilen Europas entscheidend und setzten ganz neue Entwicklungen in Gang.

Bedeutung der  
Revolution  
von 1848/49

Seinen unmittelbarsten Niederschlag fand dieser Strukturwandel auf dem verfassungspolitischen Gebiet im engeren Sinne. Vor 1848 war das absolutistische System in Mittel- und Osteuropa noch weithin die Regel gewesen. Zwar hatte nach 1830, nach der Julirevolution in Frankreich, auf dem Gebiet des Deutschen Bundes eine ganze Reihe von Mittel- und Kleinstaaten zusätzlich Verfassungen erhalten. Aber die beiden Vormächte des Bundes, Österreich und Preußen, hatten ebenso auf dem System des konstitutionell nicht beschränkten monarchisch-bürokratischen Anstaltsstaats beharrt wie das zaristische Rußland als die Vormacht des östlichen Europa. Nach 1849 aber, nach dem militärischen Sieg über die Revolution, gingen sowohl Preußen als auch Österreich aus freien Stücken zum konstitutionellen System über. Wenn sich Wien schon kurze Zeit danach wieder davon abkehrte und erst zehn Jahre später, mit dem Oktoberdiplom von 1860 bzw. dem Februarpatent von 1861, endgültig in jene Bahn zurücklenkte, so zeigten doch gerade das Scheitern des neoabsolutistischen Systems in den fünfziger Jahren und die Rückschläge, mit denen die Monarchie dafür auch auf nationalpolitischem Gebiet bezahlen mußte, daß die Zeit für ein solches System endgültig abgelaufen war. Selbst in Rußland, dem Bollwerk der europäischen Gegenrevolution in den Jahren 1848–1850, wurden seit dem Tode Nikolaus' I. und der Thronbesteigung Alexanders II. 1855 und der im folgenden Jahr besiegelten Niederlage im Krimkrieg auch im engeren Führungskreis um den Monarchen Pläne zu einer Änderung des bisherigen autokratisch-bürokratischen Herrschaftssystems, wenn auch zunächst nur auf der lokalen und regionalen Ebene, immer lebhafter diskutiert.

Vordringen des  
konstitutionellen  
Systems

Stets freilich blieb, bei allem formellen Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der konstitutionellen Bewegung und ihrer Anhängerschaft, die machtpolitische Vorrangstellung der monarchischen Exekutive und ihrer Hauptinstrumente, Bürokratie und Armee, erhalten. So lag die Vermutung von vornherein

nahe, es handle sich in Wahrheit nur um eine pseudokonstitutionelle Absicherung und Absicherung des bisherigen Herrschaftssystems, um eine den Zeitgeist ansprechende und ihn formal befriedigende Verbrämung des nach wie vor prinzipiell uneingeschränkten Herrschaftsanspruchs des jeweiligen Monarchen und der ihn tragenden Kräfte vor allem aus dem Lager der grundbesitzenden Aristokratie, aber auch aus der sich immer mehr ausweitenden Bürokratie zumeist bürgerlicher Herkunft. Schon viele Zeitgenossen zogen dabei eine direkte Verbindungslinie zu dem nach 1850 in Frankreich durch Napoleon III. etablierten Herrschaftssystem. Auch hier dienten ihrer Meinung nach die äußeren Formen des Verfassungsstaates nur dazu, den unbedingten Herrschaftsanspruch des neuen Monarchen und seiner Exekutive zu verschleiern. Und auch hier suchte man auf diesem Wege dem Regime zugleich neue Kräfte vor allem aus dem aufstrebenden Bürgertum zuzuführen, ohne in Abhängigkeit von ihnen zu geraten.

Neue Formen  
der Herrschaft

Hinter diesen in der Tat ins Auge springenden Gemeinsamkeiten, die die Perspektive auf einen neuen Typus direkt oder indirekt plebiszitär abgesicherter und gestützter autoritärer Herrschaft eröffneten, sind in der rückblickenden Betrachtung die Unterschiede zeitweise sehr zurückgetreten: von einer bonapartistischen Herrschaftsform war mit Blick auf ganz verschiedenartige Systeme die Rede. Diese Unterschiede bestehen insbesondere in der jeweils ganz verschiedenartigen Legitimation des Herrschaftsanspruchs, hier durch das Prinzip der Volkssouveränität und dort durch das monarchische Prinzip, sowie in der sehr unterschiedlichen sozialen Basis beider Systeme. Sie gründete in Frankreich auf den tief einschneidenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen wie auch politischen Veränderungen seit der Revolution von 1789, während sie beispielsweise in Preußen noch starke Stützpfeiler in den vorrevolutionären Verhältnissen hatte. Selbst wenn man sich dieser Unterschiede bewußt bleibt, ist allerdings nicht zu übersehen, daß sich nach 1850 in weiten Teilen Europas eine Zwischenform zwischen dem überlieferten System des alle politische Macht monopolisierenden monarchisch-bürokratischen Anstaltsstaats und dem System parlamentarisch-demokratisch legitimierter und gesteuerter Herrschaft etablierte, wie es in Orientierung an England, das sich in den fünfziger und sechziger Jahren in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht immer mehr zum liberalen Musterland für den Kontinent entwickelte, die liberal-konstitutionelle Bewegung auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Diese Zwischenform – mochte man sie nun „Bonapartismus“, „deutschen Konstitutionalismus“ oder dann das „System Bismarck“ beziehungsweise im Anschluß an Max Weber ein System „charismatischer Herrschaft“ nennen – verband das Prinzip autoritärer, auf den Vorrang der Exekutive gegründeter Herrschaft mit Formen parlamentarischer und demokratischer Willensbildung und suchte über sie die Vorstellung des Konsenses und eines permanenten gesellschaftlichen Interessenausgleichs zu erreichen und zu vermitteln.

Zwischen monar-  
chischem und  
parlamentarischem  
System

Allerdings darf man über den mehr oder weniger ausgeprägten und klar formulierten Zielen der Schöpfer und Träger jenes Systems die politische Praxis und die realen Ergebnisse, zu denen diese Praxis führte, nicht aus dem Auge verlieren.

Die politische  
Praxis

Hier nämlich zeigten sich, im Preußen der Ära Manteuffel, im napoleonischen Frankreich der fünfziger Jahre, in den deutschen Mittelstaaten, in den habsburgischen Sekundogenituren in Italien, dann auch in Österreich selber, sehr rasch die Grenzen der Manipulationsmöglichkeiten. Zugleich schufen Wahlrecht und parlamentarische Körperschaften sowie die damit zwangsläufig gewährten Möglichkeiten zur Organisation und Meinungsbildung trotz aller Beschränkungen jenen eine Plattform, die als Exponenten starker gesellschaftlicher Kräfte und Interessen und aufgrund ihres eigenen Machtanspruchs das System von den Grundlagen her in Frage stellten – mochten sie sich auch zeitweilig noch so kooperations- und kompromißbereit geben. Ungewollt wurde so der autoritäre Konstitutionalismus zum Förderer der politischen Selbstorganisation der Gesellschaft und damit einer Entwicklung, die seine Exponenten über kurz oder lang beiseite drückte. Am ausgeprägtesten trat diese Entwicklung in Frankreich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zutage. Hier mußte sich das Regime, durch außenpolitische Mißerfolge geschwächt, schließlich, im Übergang zum sogenannten Empire libéral, zu weitgehenden Zugeständnissen an die sich verstärkt organisierenden gesellschaftlichen Kräfte vor allem aus dem Bürgertum bereifinden.

Die politische Selbstorganisation der Gesellschaft vollzog sich, den politischen Rahmenbedingungen entsprechend, zunächst einmal in Parlamentsparteien mit der jeweiligen Fraktion als Zentrum und Führungsspitze. Dominiert von lokalen und regionalen Honoratioren, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage und sozialen Stellung politisch abkömmlich waren, dienten den Parteien als Hauptinstrumente zum einen die auf sie festgelegten Presseorgane, zum anderen die sogenannten Wahlvereine für den lokalen wie für den gesamtstaatlichen Bereich. Auf dieser Basis entstanden auch die ersten großen Massenorganisationen der fünfziger und sechziger Jahre, die Società nazionale in Italien, der Nationalverein und der Reformverein und, sie beide übergreifend, die sogenannte Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland. Sie waren, bei aller zeitweiligen Eigendynamik, Hilfsorganisationen der Parlamentsparteien, wie das auch bei den verschiedenen Wahlrechtsreformbewegungen in England, vom Chartismus der dreißiger und vierziger bis zur National Reform Union und der National Reform League der sechziger Jahre, der Fall war. Das gleiche gilt für die meisten der über den reinen Wahlverein hinausgehenden politischen Vereinsbildungen, auch wenn hier mancherlei zusätzliche Wurzeln und daraus resultierende Zielsetzungen im bürgerlichen Vereinswesen allgemein zu finden sind. Allerdings ist dann im weiteren der Verein auch zum Ausgangspunkt und zur ursprünglichen Organisationsform neuer politischer Parteien und Bewegungen geworden; prominenteste Beispiele sind hier im deutschen Raum der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und der im März 1848 ins Leben gerufene katholische Piusverein und die Fülle der daran anknüpfenden lokalen und regionalen Vereinsbildungen als organisatorische Vorstufen der Sozialdemokratischen Partei bzw. – hier entwickelte allerdings die katholische Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus zumindest im Norden und Westen eine ähnlich vorstrukturierende

Politische Selbstorganisation

Massenorganisationen

Neue Parteienformen

Bedeutung – der Zentrumspartei. Damit war, in Kombination mit anderen Faktoren, von Anfang an eine stärkere Breitenwirkung, ein größerer Einfluß der Basis gegeben als bei den liberalen Parteien und damit der Weg betreten zur mitgliederstarken Massenpartei. Auch hier spielten dann freilich die Fraktion und die Gremien, die die Organisation der Wahlen übernahmen, eine ständig zunehmende Rolle. Sowohl die Arbeiterparteien als auch die katholischen Parteien näherten sich damit, bei allen Unterschieden in der Mitgliederstruktur, in den Rekrutierungsmechanismen und im Selbstverständnis, dem Typus der Parlamentspartei an, der, wie in England schon seit längerem, nun auch auf dem Kontinent eindeutig vorherrschte.

Interessen-  
organisationen

Diese Vorrangstellung gilt nicht nur für den parteipolitischen Bereich im engeren Sinne, sondern auch hinsichtlich der speziellen Interessenorganisationen innerhalb der Gesellschaft, die seit den sechziger Jahren, anknüpfend an sehr verschiedenartige Vorläufer und Vorstufen, auf breiter Front entstanden. Der autoritäre Konstitutionalismus hatte von Anfang an wie der Absolutismus auf das Prinzip der partikularen Interessenvertretung gesetzt. Mit seiner Hilfe hoffte man die politischen Ansprüche der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen wie vor allem der Parteien als Wortführer eines je verschieden interpretierten gesamtgesellschaftlichen Interesses in Schranken halten zu können. Diese Rechnung ging jedoch nur sehr begrenzt auf, und wenn, dann jeweils nur für kurze Zeit. Die Parteien erwiesen sich hier, so komplizierte Probleme das immer wieder aufwarf, die von Fall zu Fall und von Partei zu Partei auf sehr verschiedenartige Weise angegangen und gelöst wurden, als außerordentlich flexibel und integrationsfähig. Sie wirkten auf diese Weise zunehmend als Katalysatoren unterschiedlicher Interessen und untermauerten damit ihren Anspruch, im Rahmen der von ihnen vertretenen politischen Zielvorstellungen einen Interessenausgleich vermitteln zu können, der zugleich als Basis für einen mehrheitsfähigen gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich zu dienen in der Lage sei – ein Vorgang, der mit der Formel vom Übergang von der Weltanschauungs- zur Interessenpartei nur sehr begrenzt erfaßt wird.

Stellung der Par-  
teien im Verfas-  
sungssystem

Sicher sind an diesem Befund von Land zu Land und von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt erhebliche Differenzierungen anzubringen. Die Führungsrolle der Parlamentsparteien bei der Neuorganisation einer Gesellschaft, die mehr und mehr aus den Bindungen und Lebensformen der überlieferten sozialen und wirtschaftlichen Ordnung heraustrat, war in England ungleich ausgeprägter als etwa in der Habsburger Monarchie oder auch in Preußen und dann im Deutschen Reich. Aber man kann doch, bei aller notwendigen Differenzierung, von einer gemeinsamen Grundtendenz sprechen, und diese Grundtendenz hielt über die folgenden Jahrzehnte hindurch an. Dabei spielte das jeweilige Wahlrecht wohl eine wichtige und dynamisierende, jedoch nicht die schlechthin entscheidende Rolle. Bedeutsamer war, welche Stellung die Parteien im bestehenden Verfassungssystem besaßen oder erlangten und in welchem Maße sie dementsprechend die Erwartungen auch über den Kreis der direkten Wähler hinaus auf sich konzentrierten. So standen in



England trotz der zunächst erheblichen Wahlrechtsbeschränkungen, die erst mit den Reformgesetzen von 1867 und dann von 1884/85 entscheidend gelockert wurden, die beiden großen Parteien als alternative Träger der Regierungsverantwortung schon früh ganz im Zentrum des politischen Lebens. Das gleiche galt zunächst, nach Begründung des italienischen Nationalstaats zu Beginn der sechziger Jahre, für Italien, wo die Zahl der aktiv Wahlberechtigten vor der Reform von 1882 nur wenige Prozent, insgesamt kaum mehr als 600 000 Personen umfaßte. In den beiden Staaten hingegen, die als erste das allgemeine Wahlrecht dauerhaft einführten, in Frankreich nach 1848 und im Norddeutschen Bund bzw. im Deutschen Reich nach 1867/71, war die Stellung der Parteien gegenüber der dominierenden monarchischen Exekutive deutlich schwächer.

Der Distanz zum Zentrum der Macht entsprach zudem eine stärkere Parteienzersplitterung. Sie erschwerte den Prozeß einer vereinheitlichenden politischen Willensbildung aus der Gesellschaft heraus. Daraus resultierte in Frankreich auch nach 1876, nach der endgültigen Durchsetzung des Prinzips der Parlamentssouveränität, die in dieser Form in Europa ohne Beispiel war, eine der Schwächen des französischen Parlamentarismus, die später im deutschen Parlamentarismus der Weimarer Republik ihr Pendant fand. Besonders schwierig gestaltete sich das den französischen und später den deutschen Parlamentarismus so belastende Problem des Verhältnisses zwischen meinungs- und interessenspezifischer Repräsentation und vereinheitlichender, mehrheitsstiftender politischer Willensbildung in einem Vielvölkerstaat wie der Habsburger Monarchie. Hier blieben die Parteien zusätzlich an die verschiedenen Nationalitäten gebunden, und die Demokratisierung des Wahlrechts – das allgemeine Wahlrecht wurde erst 1907 und auch dann nur in der cisleithanischen Reichshälfte eingeführt – führte zu einer immer weitergehenden Zersplitterung der Parteien. Beides ließ eine Parlamentarisierung nach westeuropäischem Vorbild auch vielen von jenen als ein mit den Lebensinteressen der Monarchie kaum vereinbares Risiko erscheinen, die ein solches politisches System im Prinzip durchaus bejahten.

Parteien-  
zersplitterung

Am Beispiel Österreich-Ungarn wird zugleich besonders deutlich, welcher enger Zusammenhang nach wie vor zwischen dem konstitutionellen und dem nationalen Gedanken bestand. Dieser Zusammenhang schien nach 1848 wenn nicht gelöst, so doch gegenüber der Situation vor der Revolution weitgehend verändert zu sein. Der Erfolg der Systeme des autoritären Konstitutionalismus, zunächst in Frankreich, dann in Preußen und im Deutschen Reich, beruhte nicht zuletzt darauf, daß sich ihre Wortführer mit dem nationalen Gedanken verbanden und als eigentliche Repräsentanten des nationalen Interesses auftraten. Auch hier jedoch erwies sich dieser Erfolg, so eindrucksvoll er sich zunächst darstellte, als durchaus zeitgebunden. Die parlamentarischen Vertretungskörperschaften und die Parteien gelangten auch in dieser Hinsicht Schritt für Schritt in die Vorhand und setzten ihren Anspruch mehr und mehr durch, die eigentlichen Sprecher der Nation zu sein. Der Prozeß der politischen Willens- und Meinungsbildung über Wahlen einerseits, über die Presse andererseits ließ sich, so zeigte sich, auf Dauer nicht

Konstitutionalis-  
mus und nationale  
Bewegung

kontrollieren und steuern, sondern begünstigte mit fortschreitender Mobilisierung immer weiterer Bevölkerungskreise jene, die sich mit ihm identifizierten und ihn vom Grundsatz her bejahten. Gegenüber der autoritären Integration der Nation in einem auf die Exekutive konzentrierten quasikonstitutionellen System mit stark plebiszitären Elementen erwies sich die parlamentarisch-demokratische Integration auf parteipolitischer Grundlage auf längere Sicht als die sehr viel wirksamere.

Im Inneren der meisten europäischen Staaten führte dies nach dem tiefen Einschnitt des Jahres 1870 mit dem Sturz Napoleons III. und seines Regimes bis 1914 meist nur zu einem stillen, in seinem Ausmaß und in seinen Konsequenzen von Fall zu Fall zudem oft nur schwer einzuschätzenden Verfassungswandel. Für das Verhältnis der europäischen Staaten zueinander und für das gesamte außenpolitische System hatte jene Entwicklung jedoch unmittelbar einschneidende Konsequenzen. Sie dynamisierte und radikalisierte Tendenzen, die das historisch gewachsene System der internationalen Beziehungen im europäischen Raum von den Grundlagen her zu zerstören drohten.

Bedeutung für das  
Mächtesystem

Auch in dieser Beziehung wirkte der autoritäre Konstitutionalismus der Jahre nach 1850 als unmittelbarer Vorläufer und Wegbereiter. Bis dahin hatte, unbeschadet aller Konflikte und ständigen machtpolitischen Verschiebungen, das Prinzip gegolten, daß Grundlage und Beziehungselement des europäischen Systems das jeweilige einzelstaatliche Interesse, vor allem das Interesse der großen Mächte sei. Hier von berechenbaren Voraussetzungen aus jeweils ein Gleichgewicht zu schaffen, war seit Generationen das übergreifende, systemstiftende Bestreben der Vertreter der europäischen Diplomatie gewesen. Die grundsätzliche Herausforderung des Systems in der Zeit der Französischen Revolution und dann vor allem Napoleons I. war mit dem Sieg über den Korsen in der sogenannten Ordnung von 1815, der Ordnung des Wiener Kongresses, noch einmal abgewehrt worden. Nun aber, nach 1848, fand das damals proklamierte Gegenprinzip, das Prinzip der nationalstaatlichen Organisation Europas und des nationalen Interesses, immer stärkeren Widerhall und wachsende Unterstützung auch auf der staatlichen Ebene. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und sein Berater Radowitz sprachen von der „deutschen Mission“ Preußens, Viktor Emanuel von Piemont-Sardinien und sein Ministerpräsident Cavour verkündeten das gleiche im Hinblick auf Italien, und der neue französische Kaiser, der Neffe Napoleons I., erklärte das Nationalstaatsprinzip grundsätzlich zum Ordnungsprinzip des neuen Europa. Aus dieser Verbindung der Machtinteressen eines Einzelstaates und der Kräfte der jeweiligen nationalen Bewegung gingen zunächst der italienische, dann der deutsche Nationalstaat hervor, wobei in beiden Fällen der die Entwicklung vorantreibende Einzelstaat die innere Struktur des neuen, des nationalen Staates sehr stark bestimmte. Allerdings waren sowohl Cavour als auch der Begründer des deutschen Nationalstaates Bismarck und letztlich auch Napoleon III. im Kern Männer des alten Systems, die zwar von der Verbindung mit den nationalen Kräften profitierten, das nationale Prinzip aber nicht wirklich zum neuen system-

stiftenden Prinzip werden lassen wollten. Alle drei dachten gar nicht daran, die Durchsetzung jenes Prinzips aktiv zu fördern, wo es den Interessen des eigenen Staates widersprach oder ihnen auch nur nicht günstig schien; das gilt im preußischen Fall für die polnische und die dänische Nationalbewegung ebenso wie im italienischen für die deutsche oder die serbische oder im französischen für die deutsche. Das Bestreben ging im Gegenteil dahin, sich nach den sehr weitreichenden machtpolitischen Veränderungen zu eigenen Gunsten wieder in das traditionelle machtsstaatliche System einzufügen und in ihm Sicherheit für die eigenen Erwerbungen und die neugewonnene Stellung zu suchen. In den nach 1871 ständig wiederholten Erklärungen Bismarcks etwa, das Reich sei „saturiert“ und deutsche Volksgruppen außerhalb seiner Grenzen könnten ebensowenig auf seine Unterstützung rechnen wie fremde Nationalbewegungen, die gegen die jetzt bestehende staatliche Ordnung aufbegehrten, tritt das sehr deutlich zutage.

Die Parallele mit der inneren Politik liegt dabei auf der Hand. Wie man hier die Stellung der monarchischen Exekutive durch ein genau kalkuliertes und begrenztes Entgegenkommen gegenüber den Kräften der konstitutionellen und liberalen Bewegung nicht nur sichern, sondern noch verstärken wollte, so sollte dort das Bündnis mit der nationalen Bewegung zur Stärkung und Erweiterung der Macht des eigenen Staates beitragen, ohne daß man dabei die bisherigen Fundamente und vor allem auch das System preisgab, auf denen diese Macht im internationalen Zusammenhang beruhte: die Isolierung, die dem Systemzerstörer drohte, glaubte sich keiner von ihnen leisten zu können. Auch hier freilich gelang die Instrumentalisierung nur für eine vergleichsweise kurze Frist. Gerade der Erfolg einer an herkömmlichen machtsstaatlichen Interessen orientierten nationalen Politik, wie sie vor allem Preußen in den sechziger Jahren vorführte, stärkte in Verbindung mit der zunehmenden politischen Mobilisierung immer breiterer Schichten und der wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenzsituation überall in Europa den nationalen Gedanken und die Vorstellung, nur im nationalen Machtstaat finde eine Nation zu sich selber, er sei gleichsam das Ziel aller Geschichte. Wie bei den historisch gegebenen Verhältnissen und Problemen der nationalen Gemengelage zumal in Mittel- und Osteuropa und den vielfältigen Verschränkungen zwischen wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Beziehungen dieser Gedanke in reiner Form je ohne tödliche Konflikte, ohne die schließliche Selbstvernichtung der europäischen Nationen durchgesetzt werden könne, trat mehr und mehr zurück gegenüber dem sozialdarwinistisch überhöhten und verbrämten Glauben an die Mission und bevorzugte Stellung der eigenen Nation. Dabei gab es, wie sich nicht erst 1914, sondern schon bei den verschiedensten Gelegenheiten in den Jahrzehnten davor zeigte, kaum eine soziale Gruppe, die nicht von diesen Tendenzen erfaßt wurde: die Versuche, sie speziell im bürgerlichen Mittelstand oder in den traditionellen Führungsschichten zu verorten, verkennen vielfach die Tiefe und Breitenwirkung der Strömung, die gerade kritischen Zeitgenossen durchaus bewußt war.

Es war dies die andere Seite der „Nationalisierung“ des politischen Lebens, der

Nationalisierung  
der europäischen  
Politik

Entstehung eines „politischen Massenmarkts“ (H. ROSENBERG), die die Jahrzehnte nach 1850 in ganz Europa zunehmend bestimmte und seine Träger und Repräsentanten, die Parteien, politisch immer mehr in die Vorhand brachte. Die meisten von ihnen präsentierten sich denn auch in jener Weise als Parteien des „nationalen Interesses“, und selbst wo man die konkrete Bestimmung und Formulierung dieses Interesses in der jeweiligen offiziellen Außenpolitik kritisierte, tat man dies bis tief hinein in die Reihen der Arbeiterbewegung in den gleichen Kategorien, beschwor auch seinerseits das „nationale Interesse“ als eine feste Größe.

Übergang zum  
Imperialismus

Zunächst einmal freilich hatte der Prozeß der fortschreitenden „Nationalisierung“ der europäischen Außenpolitik, sowohl was die Zielsetzungen als auch was die Breite der daran beteiligten Kräfte und Interessen angeht, keine tiefer gehenden Auswirkungen auf die europäische Landkarte und das europäische Staatensystem. Nach den beiden großen Nationalstaatsgründungen in den sechziger bzw. zu Beginn der siebziger Jahre richteten sich die Aufmerksamkeit und die Interessen der großen europäischen Staaten und Völker zunehmend auf die außer-europäische Welt. Der nationale Machtstaatsgedanke wurde zu einer der wesentlichen Antriebskräfte der Politik kolonialer Expansion und einer zielbewußten Kolonialreichsbildung im Interesse nicht zuletzt der weltweiten Fundierung der eigenen Machtstellung. Dieser neue „Imperialismus“ der europäischen Großmächte wirkte damit, mochte er auch außerhalb Europas ständig neue Konfliktherde erzeugen, auf der europäischen Ebene erst einmal entlastend. Er sicherte hier den Status quo und verhinderte, daß sich die nationale Dynamik voll entfaltete. Die verschiedenen nationalen Irredentismen – die italienische Forderung nach der Brennergrenze, das französische Streben nach Rückgewinnung von Elsaß und Lothringen, die dänischen Ansprüche auf Nordschleswig usw. – blieben vorerst zwar gefährliche, aber bloß schwelende Probleme. Das gleiche galt für die Aktivitäten der verschiedenen nationalen Bewegungen in Ost- und Südosteuropa. Das Nationalstaatsprinzip kam hier in den Jahrzehnten nach 1871 kaum voran. Wo es, wie auf dem Balkan, äußerlich betrachtet, Fortschritte machte, wurde es bis 1914 recht eindeutig dominiert von den Interessen der europäischen Großmächte: die Nationalstaatsbildungen in diesem Raum (Rumänien, Serbien, Bulgarien, Albanien) gelangten über den Status eines Satelliten der jeweiligen „Schutzmacht“ höchstens zeitweise hinaus.

Imperialismus  
und europäischer  
Status quo

Diese Entlastungsfunktion des Imperialismus haben konservative Außenpolitiker wie Bismarck, Disraeli oder Salisbury durchaus gesehen, wobei die britischen Staatsmänner zugleich an langjährige Traditionen englischer Europapolitik anknüpfen konnten. Für Bismarck lagen in diesem Sinne die Probleme auf dem Balkan auf der gleichen Linie wie die Streitfragen um Afrika: beides schien geeignet, die durch den Nationalismus enorm gesteigerten Spannungen im Herzen Europas an die Peripherie abzuleiten und damit den drohenden großen europäischen Konflikt zumindest in unmittelbarer Zukunft zu verhindern. Aber auch im Lager der Kritiker des Imperialismus hat man diese Ableitungs- und Entlastungs-

funktion des Imperialismus im Interesse der Erhaltung des Status quo sehr klar erkannt. Von Clemenceau, dem Führer der französischen Linksliberalen, stammt das Wort, der französische Ministerpräsident Jules Ferry, sein Gegenspieler auf der liberalen Rechten, der sich in Verfolgung französischer Interessen in Afrika zeitweise außenpolitisch dem Reich annäherte, wolle „das Volk mit Kolonialpolitik bestechen“. Das meinte einerseits die damit angeblich verbundene Ablenkung von der eigentlichen, der „heiligen Aufgabe“ der französischen Politik, der Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen im Osten. Es meinte andererseits aber auch die Lähmung der fortschrittlichen, dynamischen Kräfte im Innern, die nach Meinung Clemenceaus und vieler seiner Gesinnungsfreunde auf der europäischen Linken aus der Forcierung imperialistischer Großmachtideen bei weiten Teilen der Bevölkerung resultierte.

Dem hat eine große Zahl von Vertretern gerade auch des Linksliberalismus – in Deutschland etwa Max Weber oder Friedrich Naumann – entgegengehalten, daß der Zusammenhang ein durchaus anderer sei. Eine Dynamisierung der Außenpolitik über weitausgreifende große weltpolitische Ziele werde auch eine Dynamisierung der Innenpolitik nach sich ziehen, auch hier auf Dauer einschneidende Veränderungen begünstigen. Die Debatte, die diese These auslöste, hält bis heute an, wobei allerdings die meisten, die sich an ihr beteiligten und beteiligen, doch zu der Ansicht neigen, daß neben dynamisierenden Wirkungen in Teilbereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens und sicher auch auf wirtschaftlichem Gebiet der Imperialismus insgesamt eher den Kräften des Beharrens und der Bewahrung des Status quo zugute gekommen sei.

Für das europäische Staatensystem gilt das sicher insoweit, als es nach 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Europa selber zu keinen größeren territorialen Veränderungen und darauf gegründeten machtpolitischen Verschiebungen kam; die territoriale Revolutionierung Ost- und Südosteuropas im Sinne des Nationalstaatsprinzips war erst eine Folge dieses Krieges und eines seiner zentralen Ergebnisse. Auf der anderen Seite ist unübersehbar, daß sich im Zuge der kolonialen Expansion und des Versuchs der zielgerichteten außereuropäischen Reichsbildungen nicht nur das europäische System unter Einschluß der USA und dann auch Japans zu einem Weltstaatensystem erweiterte, sondern daß in diesem System die Gewichte zunehmend anders verteilt waren als auf der europäischen Ebene. Die Rückwirkungen, die das hatte, und die Reaktionen, die es auslöste, führten dann unmittelbar in den großen Konflikt und damit zu einer weitgehenden, an den neuen Machtrealitäten orientierten Umgestaltung des europäischen Systems. Insofern erwies sich die Dynamik des Imperialismus und der von ihm freigesetzten Kräfte schließlich – wengleich in einem sehr anderen Sinne als es seinen Wortführern wie seinen Gegnern in der Zeit selber vorschwebte – doch stärker als die in ihm enthaltenen Elemente der Beharrung. Entscheidend dafür war, daß sich der machtsstaatlich orientierte Nationalismus unter seinen Antriebskräften, nicht zuletzt was die Breitenwirkung anging, mehr und mehr als die eigentlich dominierende erwies.

Der „liberale Imperialismus“

Bildung eines Weltstaatensystems

Der Nationalstaat  
als zentrale  
Kategorie

Die einschneidenden Veränderungen des europäischen Staatensystems in den sechziger Jahren, sein weltweiter Siegeszug seit dem Beginn der achtziger Jahre und seine tiefgreifende Erschütterung und schrittweise Auflösung seit dem zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hatten hier ihre gemeinsame Wurzel. So wird man bei allen jeweils zeitspezifischen Unterschieden und allen darauf gegründeten Einschränkungen im nationalen Gedanken und im Nationalstaatsprinzip letztlich das entscheidende, epochenübergreifende Phänomen sehen müssen, auf das alle Wandlungen in den zwischenstaatlichen Verhältnissen und Beziehungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Kern zurückzuführen sind. Es war dies die außenpolitische Seite und Konsequenz des sich gleichzeitig auch innenpolitisch immer stärker artikulierenden Souveränitätsanspruchs der jeweiligen Staatsgesellschaft. Daß die innerstaatlichen Regulative dabei auf der zwischenstaatlichen Ebene praktisch kaum eine Entsprechung fanden, war eine der im nachhinein vielbeklagten Tatsachen, die den Weg in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts noch zusätzlich begünstigten. Es ergab sich jedoch mit letztlich zwingender innerer Logik daraus, daß der oberste Bezugspunkt allen außenpolitischen Denkens und Handelns, entgegen den Erwartungen und Hoffnungen der politischen Philosophie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, nicht die Menschheit, sondern, parallel zur Innenpolitik, Staat und Nation waren und blieben. Der August 1914 zerstörte hier die letzten Illusionen.

## 3. KULTUR UND RELIGION

Nationalisierung des politischen Lebens, politische Mobilisierung breiter Volksschichten, Entstehung eines „politischen Massenmarktes“ – all das setzte ein Minimum an überlokaler Information und Kommunikation voraus. Basis dafür war, neben den begrenzten Möglichkeiten des Bildes und des gesprochenen Wortes, in erster Linie die Schrift. Sie war zum Hauptträger nicht nur der geistig-literarischen, sondern ebenso auch der politischen Kultur im weitesten Sinne geworden. Dazu stand ihre Verbreitung, der Grad der sogenannten Alphabetisierung, in weiten Teilen Europas um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch immer in krassem Widerspruch. In großem Abstand zu Preußen und Schottland, die mit nur noch 20% Analphabeten der Entwicklung weit voraus waren, bildeten Frankreich und das cisleithanische Österreich mit 40–45% sozusagen die „Normalfälle“ der west- und mitteleuropäischen Situation – in Großbritannien insgesamt konnte etwa ein Drittel nicht lesen und schreiben. Für Rußland belaufen sich die Schätzungen auf 90–95%. Von denjenigen, welche überhaupt für längere Zeit eine Schule besuchten, gelangten dabei im Durchschnitt der west- und mitteleuropäischen Staaten nur rund 1,5% auf höhere, weiterführende Bildungsanstalten: Heute sind es bei vollständig durchgeführter allgemeiner Schulpflicht in den gleichen Gebieten je nach Land und Konfession zwischen 70 und 80%.

Analphabetentum  
und Alphabetisie-  
rung

Sicher wird man sich hüten müssen, aus dem Grad der Alphabetisierung und der Verbreitung höherer Bildung zu weitreichende Schlüsse zu ziehen: Berufs- und Lebenswelt gründeten noch weithin auf der unmittelbaren Erfahrung sowie der mündlichen Überlieferung und Übermittlung von Einsichten, Fertigkeiten und Kenntnissen. Man hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die englische Industrie zunächst sehr wesentlich von Leuten aufgebaut worden ist, die nur über ein Minimum an systematischer Ausbildung und Bildung im modernen Sinne verfügten; auch die ältesten Meister bei Krupp, einem der ersten deutschen Industriebetriebe, waren vielfach noch Analphabeten. Auf der anderen Seite aber ist doch unübersehbar, daß mit der Erweiterung und gleichzeitigen Komplizierung aller Lebenszusammenhänge und der fortschreitenden Differenzierung auch der Berufswelt eine solche systematische und kontinuierliche, in Fixierung und Vermittlung an die Schrift gebundene Ausbildung zunehmend unerlässlich wurde – im Interesse des materiellen Fortschritts wie im Interesse einer auf Selbstbestimmung gegründeten politischen Kultur.

Darüber bestand zwischen den meisten Zeitgenossen Einigkeit, so verschieden man, gerade was das Politische anging, die Akzente setzte. Höchst leidenschaftliche Formen nahm jedoch schon bald in vielen Ländern Europas der Streit um die Frage an, auf welchen Grundlagen diese Ausbildung jenseits der praktischen Wissensvermittlung in einem technisch-pragmatischen Sinne beruhen müsse, also welches „Weltbild“ und welche Werte sie vermitteln solle. Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts in allen ihren Spielarten und dann der in Deutschland, aber auch in England besonders stark ausgeprägte Neuhumanismus hatten das souve-

Ringens um  
Bildungsziele

räne, geistig mündige und ganz im Diesseitigen verhaftete Individuum ins Zentrum aller ihrer Überlegungen gerückt und es gleichzeitig zum höchsten Erziehungsziel erklärt. „Der wahre Zweck des Menschen [...], welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt“, so hatte der Reformers des preußischen Unterrichtswesens WILHELM VON HUMBOLDT es formuliert, „ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen“. Das setzte neben der geistigen auch eine weitgehende sittlich-moralische Autonomie des einzelnen voraus und gründete auf einem radikal säkularisierten Weltbild, dem Gott und Religion in der „ewig unveränderlichen Vernunft“, im Begriff der Weltvernunft aufgingen.

Nebeneinander  
zweier Kulturen

Die Triumphe, die der geistige und künstlerische Individualismus parallel zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Individualismus im 18. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts feierte, haben diesem Ideal in den europäischen Bildungsschichten zur fast unumschränkten Vorherrschaft verholfen, mochte es sich in seiner Konkretisierung auch von Land zu Land und von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt sehr stark unterscheiden. Unterhalb dieser zahlenmäßig eng begrenzten Bildungsschichten aber sah die Situation ganz anders aus. Hier beherrschte das durch die Kirchen geformte und überlieferte traditionelle geistige und religiöse Welt- und Menschenbild noch sehr weitgehend das Feld. Es prägte auch um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch in einem heute nur mehr schwer nachzuvollziehenden Ausmaß die Lebenswelt breiter Schichten. Von daher kann man, auch wenn natürlich die Kirchen selber von den modernen geistigen und künstlerischen Strömungen nicht unbeeinflusst blieben, jenseits aller Unterschiede des Niveaus und des individuellen Bildungsstandes durchaus von zwei geistigen und insbesondere auch lebensweltlichen Kulturen sprechen, die sich zu jenem Zeitpunkt gegenüberstanden.

Kampf um  
die Schule

Von dieser Basis aus begann seit den fünfziger Jahren in vielen europäischen Ländern eine kulturpolitische Auseinandersetzung größten Ausmaßes, mit Schwerpunkt anfangs in der Habsburger Monarchie, den süddeutschen Staaten und Italien, dann in Preußen, in Frankreich und in England. Es ging dabei zunächst vor allem um die Frage, wer den bestimmenden Einfluß auf die Bildungsanstalten haben sollte. Diese befanden sich, zumal auf der entscheidenden Ebene der Elementarschulen, auch dort, wo das staatliche Unterrichtsmonopol im Prinzip bereits etabliert war, noch weithin unter dem Einfluß der Kirchen. Zumeist geborenes Mitglied der Aufsichtsinstanzen, wenn nicht deren Verkörperung, überragte die Autorität des Orts Pfarrers die des Lehrers bei weitem. Dabei kam noch hinzu, daß der Lehrer vielfach in direkter wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Kirche lebte, sei es im Hauptamt, sei es im für ihn aus materiellen Gründen unentbehrlichen Nebenamt als Küster und dergleichen. Das Bildungswesen auch in diesem für die Volksbildung fraglos wichtigsten Bereich dem dominierenden Einfluß der Kirchen zu entziehen – in den anderen Bereichen stellte er bereits die Ausnahme dar, so bedeutungsvoll solche Ausnahmen wie im Fall der beiden englischen Universitäten, Oxford und Cambridge, sein konnten –, war das gemein-



same Ziel der gesamten europäischen Linken. Es war dies, wie der Berliner Pathologe Rudolf Virchow, einer der Hauptwortführer der 1861 gegründeten Deutschen Fortschrittspartei, es mit vielen anderen formuliert hat, ein Kampf um die moderne Kultur, ein „Kulturkampf“.

In ihm ging es, unabhängig von den fast überall damit untrennbar verknüpften macht- und parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen konservativen und liberalen Kräften, im Kern darum, ob der moderne Individualismus, die säkularisierte Welt- und Lebensanschauung der neuen, bürgerlichen Kultur zur Erziehungs- und Bildungsnorm schlechthin werden sollte. Auch Teile der protestantischen Kirchen, vor allem aber die katholische Kirche fühlten sich dadurch von den Grundlagen her, in dem, was ihr eigenes Welt- und Menschenbild und ihren daraus abgeleiteten irdischen Auftrag ausmachte, tödlich bedroht. In dem sogenannten Syllabus errorum von 1864, dem Verzeichnis aller „Irrtümer“ der Gegenwart und der modernen Welt, schleuderte Pius IX. dem ein Verdikt entgegen, das, der Abgrenzung und Verteidigung dienend, von der Gegenseite als Formulierung eines päpstlichen Weltherrschaftsanspruchs im geistig-sittlichen und damit letztlich auch im politisch-weltlichen Bereich interpretiert wurde. Formell endete die große Auseinandersetzung nach Jahren, oft Jahrzehnten erbitterter Konflikte praktisch überall mit dem Sieg des staatlichen Monopolanspruchs und der Durchsetzung eines staatlichen Kontroll- und Aufsichtsrechts. Die Trennung von Kirche und Bildungsanstalten wurde seit Ausgang der sechziger Jahre (Österreich 1868/69, England 1870, Preußen 1872) auf breiter Front vollzogen, die Bildungsinhalte wurden weitgehend säkularisiert. In Frankreich kam es schließlich, nach der Jahrhundertwende, dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechend sogar zur vollständigen Trennung von Kirche und Staat, nachdem die leidenschaftlich umkämpfte Schulgesetzgebung Jules Ferrys bereits seit Beginn der achtziger Jahre die Kirche weitgehend aus der Schule verdrängt hatte. Im Inhaltlichen hingegen blieb der Sieg des Staates und seiner Parteigänger eher zweifelhaft. Zum einen gelang den Kirchen und hier wieder in erster Linie der katholischen Kirche die weitgehende Abschirmung des kirchlichen Bereichs im engeren Sinne gegenüber staatlichen Mitwirkungs- und Mitgestaltungsansprüchen, das allgemeine „Kulturexamen“ beispielsweise, das Priesterkandidaten in Preußen seit 1873 auferlegt wurde, blieb mehr oder weniger eine Farce. Zum anderen führte der Kulturkampf in den verschiedenen europäischen Ländern mit seiner politischen und geistigen Mobilisierung breiter Schichten zu einer erheblichen Stärkung der geistig-weltanschaulichen Position der Kirchen. Man kann hier von einem Prozeß der förmlichen Revitalisierung sprechen, der zeigte, auf wie festen und breiten Grundlagen Religion und kirchliche Tradition nach wie vor beruhten.

Hinzu kam, diese Entwicklung zusätzlich stützend und verstärkend, etwas anderes. Hinter der Fassade eines scheinbar ungebrochenen Fortschrittsglaubens auch auf geistig-kulturellem Gebiet und vielfach auftrumpfender nationaler Kulturpropaganda begann der Glaube an die Zukunft und an einen über die Vermeh-

Ergebnisse des  
„Kulturkampfes“

Krise des Fortschrittsglaubens

rung des Wissens und die Fortentwicklung der materiellen Zivilisation hinausgehenden geistigen und moralischen Fortschritt immer mehr zu bröckeln. Der zunehmenden Erschließung des Kosmos der Menschheitsgeschichte in allen seinen Bereichen und der enormen Steigerung des geistigen, des künstlerischen, des literarischen Wissens, die damit einherging, stand ein wachsendes Gefühl der Beliebigkeit, der Relativität und extremen Zeitgebundenheit allen Menschenwerks und der gesamten menschlichen Existenz gegenüber – der Eindruck, „daß Dasein nur ein ununterbrochenes Gewesensein ist, ein Ding, das davon lebt, sich selbst zu verneinen und zu verzehren, sich selbst zu widersprechen“, wie FRIEDRICH NIETZSCHE es 1874 formulierte [Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben: Kritische Gesamtausgabe, hrsg. v. G. COLLI u. M. MONTINARI, III, 1, 245]. Der Flucht in den Positivismus einerseits, in den Historismus und Relativismus andererseits setzte NIETZSCHE bereits die Forderung nach einer „Umwertung aller Werte“, nach einem radikalen Neubeginn entgegen, der den europäischen Menschen aus der „Tortur“, einer ständig wachsenden „Spannung“ befreien sollte, mit der sich die „ganze europäische Kultur“ „seit langem schon“ „wie auf eine Katastrophe“ losbewege [Nachgelassene Fragmente, Nov. 1887–März 1888: Kritische Gesamtausgabe, VIII, 2, 431].

Nietzsche

Mit derartigen Postulaten blieb NIETZSCHE zunächst noch weitgehend allein. Ein ähnliches, alle überlieferten Fundamente in Frage stellendes Krisenbewußtsein erfaßte größere Teile der europäischen Intelligenz erst Jahre später, vor allem seit der Jahrhundertwende. Aber die Zweifel mehrten sich doch ständig, ob die Geschichts- und Kulturphilosophie der Aufklärung, in der der Fortschrittsglaube und die Idee der Einheit der kulturellen Entwicklung des neueren Europa wurzelten, nicht eine einzige große Illusion sei. Diese Zweifel waren so alt wie die Aufklärung selber, und sie hatten bereits in der Romantik und in der Philosophie des deutschen Idealismus, mochte diese in vielem auch an die Aufklärung anknüpfen, eine erste übergreifende Antwort gefunden. Aber wenn mit der Idee der Dialektik des historischen Prozesses insgesamt und der nationalen Bedingtheit auch und gerade der kulturellen Entwicklung schon eine starke Relativierung der allzu linearen Fortschritts- und Entwicklungsvorstellungen der Aufklärung erfolgt war, so blieb doch zunächst der Gedanke des übergreifenden Charakters aller europäischen Kulturentwicklung ebenso erhalten wie die Idee eines alle ihre Zweige umfassenden und stets neu vereinigenden Fortschritts: Wir alle sind „Voltaireaner“, unterstrich der Berliner Physiologe Emil Du Bois Reymond über alle aktuellen politischen Gräben hinweg im August 1870 in einer Rektoratsrede noch einmal mit Nachdruck.

Der moderne Kulturbegriff

Von dieser Basis aus entfalteten sich nicht nur Vorstellung und Begriff der „modernen Kultur“, die dann in den kulturpolitischen Auseinandersetzungen der zweiten Jahrhunderthälfte eine so große Rolle spielten. Von dieser Basis entwickelten insbesondere die Erfahrungswissenschaften ihre spezielle, über den jeweiligen Erkenntniszusammenhang weit hinausgreifende Dynamik. Empirie und Realismus eröffneten, so die grundlegende Prämisse, in einem überpositivisti-

schen Sinne den Zugang zu einem geordneten Kosmos, in dem der Mensch einst, mit wachsender Einsicht in die Bedingungen seiner Existenz, sein verlorenes Gleichgewicht wiederfinden werde.

In solcher Überzeugung schienen die fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaft, die verwirrende Vielfalt der künstlerischen Richtungen, der offenkundige Verlust eines einheitlichen, normierbaren Stils zunächst als nichts Beunruhigendes. Es ging um die Erschließung eines Mosaiks, das sich zwar als viel weitläufiger, vielfarbiger und vielgestaltiger erwies, als man zunächst angenommen hatte, aber das schließlich doch das große, alle Einzelheiten in sich aufnehmende und erhellende Bild ergeben würde. Den Naturwissenschaften kam dabei nicht nur praktisch, im Hinblick auf ihre bis dahin ungeahnten, die Lebenswelt revolutionierenden konkreten Anwendungsmöglichkeiten, sondern auch theoretisch eine führende Rolle zu. Sie waren es, die immer wieder von der Empirie zur Erkenntnis der dahinter wirkenden Gesetzmäßigkeiten vordrangen, die ständig den Beweis erbrachten, daß hinter der Fülle der Erscheinungen, aber eben nur durch sie erfassbar, eine klare Ordnung stand. Ob der Aufbau der natürlichen Welt rein materialistisch erklärt werden könne oder ob dahinter im letzten noch andere Kräfte wirkten, war dabei eine auch zwischen Naturwissenschaftlern in einem noch stark vom Geist des Idealismus wie vor allem auch religiös geprägten Zeitalter leidenschaftlich umstrittene, aber doch nicht die zentrale Frage. Weit bedeutungsvoller war der endgültige Sieg des Gedankens, daß hinter allen Erscheinungen ein schließlich in einem Ordnungssystem erfassbarer gesetzmäßiger Zusammenhang bestehe. Er verlieh den Naturwissenschaften, ungeachtet der Frage ihrer weltanschaulichen Neutralität – die von vielen ihrer führenden Vertreter wie etwa Justus Liebig durchaus positiv beantwortet wurde – eine Autorität, die über den jeweiligen Erkenntniszusammenhang weit hinausreichte.

Führende Rolle  
der Naturwissen-  
schaften

Vor diesem Hintergrund wird die ungeheure Wirkung des Werkes von CHARLES DARWIN „Über die Entstehung der Arten“ von 1859 erst richtig verständlich. Daß Kampf, Konkurrenz ein Naturgesetz allen Lebens sei, war so neu nicht, und die Vorstellung von der „Höherwertigkeit“ des Siegers entsprach nicht minder einer schon immer weitverbreiteten Auffassung. Was Darwin in dieser Hinsicht empirisch darlegte und – wenngleich unter ganz anderen Kategorien und mit ganz anderen Erkenntnisinteressen – in einen systematischen Zusammenhang brachte, mochte zwar als eine zusätzliche Bestätigung und schließlich auch Rechtfertigung einer solchen Auffassung dienen: Der sogenannte Sozialdarwinismus ist sicher nicht zu unterschätzen. Aber ungleich gewichtiger war doch die Tatsache, daß sich die Naturwissenschaft hier nun der Schöpfungsgeschichte endgültig auch in ihrem zentralen Punkt bemächtigte und den Menschen auch in seiner Entstehungsgeschichte in den natürlichen, naturgesetzlich erfassbaren Kosmos einfügte. Wenn Rudolf Virchow in der gleichen Zeit das Denken und die seelischen Empfindungen auf ihre gehirnphysiologischen Wurzeln und Grundlagen hin analysierte, wenn Hermann Helmholtz sich mit außerordentlichen Erfolgen der Physiologie der Sinneswahrnehmungen widmete und Emil Du Bois Rey-

Charles Darwin